

VR-07 (V-103)-054 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Josef Winkler (KV Rhein-Lahn)

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 54 bis 74 löschen:

~~1. Säule: listen to the science~~

~~Zu oft wirkt Politik ratlos im Umgang mit Herausforderungen und versucht Symbole zu setzen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den diversen Problemen auf verschiedenen Ebenen wird so verhindert. Dabei gibt es in unserem Land so viel Expertise, auf die wir zurückgreifen könnten. **Der Bundeskanzler sollte deswegen ein Gremium einsetzen, das mit Experten aus Wissenschaft und Forschung Antworten auf brennende Fragen entwickelt und diese Antworten in den politischen Prozess**~~

~~**bringt:** Was brauchen Kommunen konkret? Wo und wie gelingt Integration am besten? Welche Möglichkeit gibt es, Fluchtursachen zu bekämpfen oder die europäische Verteilung zu verbessern, damit weniger Menschen zu uns fliehen müssen? Woran hakt es bei der Arbeitsaufnahme noch? Welche Fragen bewegen die Menschen gerade am meisten? Andere Fragen sollten ergänzt werden, alles kann auf den Tisch. Aber Politik wird nicht besser, wenn man der Wissenschaft immer schlechter zuhört. Es gibt viele Lehrstühle, Gremien und Institute und Räte, aber sie sollten von der Politik endlich gehört werden. Deswegen sollten die Regierungsfraktionen und die demokratische Opposition zusagen, dass die Vorschläge des Gremiums im parlamentarischen Prozess beraten und diskutiert werden. Ob sie am Ende umgesetzt werden, entscheidet natürlich das Parlament. Wir können und sollten in der Politik unterschiedlicher Meinung zu politischen Forderungen sein – aber die Forderungen sollten endlich wieder evidenzbasiert sein.~~

Nach Zeile 223 einfügen:

6neu. Säule: listen to the science

Zu oft wirkt Politik ratlos im Umgang mit Herausforderungen und versucht Symbole zu setzen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den diversen Problemen auf verschiedenen Ebenen wird so verhindert. Dabei gibt es in unserem Land so viel Expertise, auf die wir zurückgreifen könnten. Der Bundeskanzler sollte deswegen ein Gremium einsetzen, das mit Experten aus Wissenschaft und Forschung Antworten auf brennende Fragen entwickelt und diese Antworten in den politischen

Prozess

bringt: Was brauchen Kommunen konkret? Wo und wie gelingt Integration am besten?

Welche Möglichkeit gibt es, Fluchtursachen zu bekämpfen oder die europäische

Verteilung zu verbessern, damit weniger Menschen zu uns fliehen müssen?

Woran

hakt es bei der Arbeitsaufnahme noch? Welche Fragen bewegen die

Menschen gerade

am meisten? Andere Fragen sollten ergänzt werden, alles kann auf den Tisch. Aber

Politik wird nicht besser, wenn man der Wissenschaft immer schlechter zuhört. Es

gibt viele Lehrstühle, Gremien und Institute und Räte, aber sie sollten von der

Politik endlich gehört werden. Deswegen sollten die Regierungsfractionen und die

demokratische Opposition zusagen, dass die Vorschläge des Gremiums im parlamentarischen Prozess beraten und diskutiert werden. Ob sie am Ende umgesetzt werden, entscheidet natürlich das Parlament. Wir können und

sollten in

der Politik unterschiedlicher Meinung zu politischen Forderungen sein - aber die

Forderungen sollten endlich wieder evidenzbasiert sein.

Begründung

Wir beantragen die Verschiebung des Abschnitts 1. Säule als neuen letzten Abschnitt. Die Nummerierung bitten wir redaktionell anzupassen.

weitere Antragsteller*innen

Katharina Schulze (KV München); Gabriele C. Klug (KV Frankfurt); Simon Zunk (KV Uckermark); Florian Döllner (KV München); Marianne Birthler (KV Berlin-Mitte); Birgit Janecek (KV Berlin-Mitte); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Madlen Ehrlich (KV Berlin-Mitte); Eike Schuster (KV Mettmann); Sebastian von Schwerin (OV March/Umkirch); Max Stier (KV Berlin-Mitte); Michael Joukov (KV Ulm); Ophelia Nick (KV Mettmann); Michael Jahn (KV Esslingen); Paula Louise Piechotta (KV Leipzig); Lukas Weber (KV Heidelberg); Uwe Janssen (KV Esslingen); Tarek Massalme (KV Berlin-Mitte); Priska Hinz (KV Lahn-Dill); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.